

- Landschaftsplanung
- Umweltstudien
- Baubetreuung
- Artenschutz

Bebauungsplan
„Wohngebiet Keramikstraße“
Stadt Ziesar

Artenschutzgutachten
mit faunistischer Potentialanalyse

Auftraggeber:
Wegweisend-Invest GmbH
Herr Gobel
Petritor 38
14793 Ziesar

Auftragnehmer:
Planungsbüro Schneegans
Dipl.-Ing. (FH) Ulf Schneegans
Hirtenweg 01
16244 Schorfheide

Bearbeitung:
Januar 2022

Bebauungsplan „Wohngebiet Keramikstraße“ Stadt Ziesar

Artenschutzgutachten mit faunistischer Potentialanalyse

Bearbeitung: Dipl.-Ing. (FH) Ulf Schneegans
Januar 2022

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-------|---|----|
| 1 | Einleitung und Aufgabenstellung | 3 |
| 2 | Kurzdarstellung des Untersuchungsgebietes | 3 |
| 3 | Faunistische Potentialanalyse | 9 |
| 3.1 | Methodik | 9 |
| 3.2 | Fehlerbetrachtung | 9 |
| 3.3 | Begriffsbestimmungen | 10 |
| 3.4 | Betroffenheitsanalyse europäischer Vogelarten | 11 |
| 3.5 | Betroffenheitsanalyse der Arten nach Anhang IV FFH-Richtlinie | 12 |
| 3.5.1 | Säugetiere | 12 |
| 3.5.2 | Amphibien | 12 |
| 3.5.3 | Reptilien | 13 |
| 3.5.4 | Insekten | 13 |
| 4 | Artenschutzprüfung gemäß §44 BNatSchG | 14 |
| 4.1 | Vorschriften für besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten | 14 |
| 4.2 | Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach §44 BNatSchG | 15 |
| 4.3 | Anforderungen an Artenschutzmaßnahmen | 16 |
| 4.4 | Beschreibung der Wirkfaktoren und Auswirkungsprognose | 17 |
| 4.5 | Prüfung der Verbotstatbestände für betroffene Arten | 18 |
| 6 | Maßnahmenempfehlungen für europarechtlich geschützte Arten | 24 |
| 7 | Zusammenfassung | 26 |
| 8 | Literatur | 26 |

Bebauungsplan „Wohngebiet Keramikstraße“ Stadt Ziesar

Artenschutzgutachten mit faunistischer Potentialanalyse

1 Einleitung und Aufgabenstellung

Die Stadt Ziesar beabsichtigt die Durchführung eines Bebauungsplanverfahrens zur Entwicklung eines Wohngebietes im südöstlichen Stadtrandgebiet, gelegen zwischen dem historischen Stadtkern und der Bundesstraße B107. Das etwa 1,1 ha große Plangebiet umfasst jeweils Teilflächen der Flurstücke 219, 242, 244 und 288 der Flur 6 in der Gemarkung Ziesar.

Die Durchführung des Bauvorhabens könnte artenschutzrechtliche Belange berühren. Nach §44 BNatSchG ist es verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten, oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Europarechtlich ist der Artenschutz in der Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen vom 21.05.1992 (FFH-Richtlinie) sowie in der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vom 02.04.1979 (Vogelschutzrichtlinie) verankert. Danach sind alle europäischen Vogelarten besonders geschützt. Die im Anhang IV der FFH-RL genannten Tier- und Pflanzenarten sind streng zu schützende Arten von gemeinschaftlichem Interesse, darunter auch alle Fledermausarten.

In einem Bebauungsplanverfahren ist das Artenschutzrecht besonders zu beachten. Auswirkungen des Vorhabens auf den besonderen Artenschutz und die artenschutzrechtlichen Verbote sind gemäß §44 BNatSchG zu untersuchen. Diese sogenannten Zugriffsverbote beziehen sich jedoch auf den Vollzug von Bebauungsplänen, d.h. artenschutzrechtliche Konflikte sind im konkreten Baugenehmigungsverfahren abschließend zu lösen. Im Bauleitverfahren ist jedoch bereits im Vorfeld zu prüfen, ob ein Bebauungsplan artenschutzrechtlich vollziehbar ist, oder ob dem unüberwindbare Hindernisse / Konflikte entgegen stehen.

Aus Gründen der Planungssicherheit haben die Vorhabensträger für den Bebauungsplan ein Artenschutzgutachten auf Grundlage einer faunistischen Potentialanalyse erstellen lassen. In dem Gutachten ist darzulegen, ob die Zugriffsverbote infolge der angestrebten baulichen Entwicklung verletzt werden könnten und mit welchen Maßnahmen das Eintreten möglicher Verbotstatbestände zu vermeiden wäre. Mit der Prüfung der artenschutzrechtlichen Belange wurde das Planungsbüro Schneegans aus Schorfheide beauftragt.

2 Kurzdarstellung des Untersuchungsgebietes

Das etwa 1,1 ha große Plangebiet befindet sich am südöstlichen Stadtrand von Ziesar, zwischen dem historischen Altstadtgebiet und der B107. Das Untersuchungsgebiet grenzt im Norden und Westen an vorwiegend gewerblich genutzte Grundstücke, im Süden beginnen intensiv genutzte Ackerflächen und im Osten verläuft die Straße „Am Bahnhof“ (Bundesstraße B107) mit straßenbegleitenden Radweg.

Im nördlichen Teil des Plangebietes befindet sich ein marodes Einzelgehöft mit ehemaligem Wohnhaus, Schuppen und Garagen. Ein Schotterweg führt von der Bundesstraße zum Gehöft. Nahe der östlichen Gebietsgrenze befinden sich kleinere Gehölzgruppen mit Jungwuchs von Robinien, Feldahorn und Weißdorn. Den überwiegenden Teil des Plangebietes prägen ruderaler Brachflächen mit teils blütenreichen Gras- und Staudenfluren. Lokal finden sich auch Ablagerungen von Boden, Bauschutt und Gehölzschnitt.



Blick vom Radweg der B107 / Ecke Keramikstraße über den südlichen Teil des Plangebietes mit ruderalen Gras- und Staudenfluren.

(Aufnahme am 15.07.2021)



Blick von der südlichsten Gebietsgrenze am Radweg der B107 über das Plangebiet zum ehemaligen Wohnhaus im nördlichen Gebietsteil

(Aufnahme am 15.07.2021)



Blütenreiche Gras- und Staudenfluren prägen die Brachflächen im Plangebiet. Das marode Wohnhaus befindet sich links im Bild.

(Aufnahme am 15.07.2021)



Rauchschwalben flogen regelmäßig als Familienverband durch offene Fenster in das leerstehende Gebäude und auch Hausrotschwänze wurden auf Dach und Giebel mehrfach beobachtet.

(Aufnahme am 15.07.2021)



Das Gebäude konnte im Inneren nicht auf Nistplätze untersucht werden, da abgesperrt und einsturzgefährdet. Die Revieraktivitäten von Rauchschwalben und Hausrotschwanz lassen hier aber einen Brutverdacht mit hoher Wahrscheinlichkeit vermuten. (Aufnahme am 15.07.2021)



Hinter dem Wohnhaus befinden sich verfallene Schuppen und Garagen an der nördlichen Gebietsgrenze
(Aufnahme am 15.07.2021)



Blick vom Radweg auf den nördlichen Teil des Plangebietes mit kleinflächigem Gehölzjungwuchs und Grasfluren, links der geschotterte Zufahrtsweg.
(Aufnahme am 15.07.2021)



In der Brachfläche befinden sich einzelne kleinere Bauschutthaufen
(Aufnahme am 15.07.2021)



Bei der zweiten Begehung war zwischenzeitlich Bodenaushub auf einem Teil der Fläche abgelagert worden.

(Aufnahme am 01.09.2021)



Zauneidechsen konnten an beiden Begehungstagen trotz günstiger Witterungsbedingungen und aufmerksamer Suche nicht im Gebiet festgestellt werden. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht von Eidechsen besiedelt.

(Aufnahme am 01.09.2021)

3 Faunistische Potentialanalyse

3.1 Methodik

Die Beauftragung zum Gutachten konnte erst im Juni 2021 erfolgen, so dass die Brutzeit bereits relativ weit fortgeschritten und eine vollständige Erfassung von Brutvögeln und weiteren geschützten Arten nicht mehr möglich war. Im Plangebiet erfolgte die Erstbegehung am 15. Juli und eine Zweitbegehung am 01. September, jeweils bei trocken warmer Witterung mit schwachem Wind. Damit bestanden gute Voraussetzungen das Gebiet auf möglicherweise vorkommende Vogelarten und auch Zauneidechsen zu kontrollieren.

Bei den angetroffenen Vogelarten wurde auf Revierhinweise und Brutgeschehen geachtet, wie Gesang, Nester, Fütterung, Jungvögel, Familienverbände. Das leerstehende Wohnhaus wurde an beiden Terminen von Rauchschwalbenfamilien angefliegen, die regelmäßig durch offene Fenster die Räume im Obergeschoß durchflogen und dort vermutlich ihren Nistplatz hatten. Auf Dach und Giebel wurden Hausrotschwänze an beiden Tagen beobachtet, darunter auch flügge Jungvögel.

Für die Kontrolle auf Zauneidechsen wurden die Grasfluren und besonnte Wegränder langsam gehend (ca. 250m/h) abgelaufen. Gezielt beobachtet wurden dabei mögliche Sonnenplätze, Versteckstrukturen (Bauschutthaufen) und offene Flächen. Nachweise der Zauneidechsen erfolgen durch Sichtbeobachtungen. Auch das Rascheln weghuschender Tiere ist ein Indiz für Eidechsen. Für die Erfassung von Zauneidechsen müssen warme (20-25 Grad), trockene und höchstens schwach windige Witterungsbedingungen herrschen, was an beiden Begehungstagen gegeben war. Bei kühlen Temperaturen und großer Hitze verkriechen sich die Tiere und sind kaum nachweisbar. Ideale Erfassungszeiträume sind Mitte April bis Mitte Juni, wenn die Tiere während der Paarungszeit besonders aktiv sind und September zur Erfassung evtl. vorkommender Schlüpflinge. Daher wurde am 01. September noch eine Begehung angesetzt, um das Gebiet auf evtl. Zauneidechsenjungtiere zu kontrollieren.

Das ehemalige Wohnhaus konnte aufgrund seines maroden Zustandes nicht mehr in Räumlichkeiten begangen und auf Nistplätze und Fledermausquartiere untersucht werden. Untersuchungen von Dachraum und Fassade konnten daher nur durch äußerliche Absuche mit dem Fernglas erfolgen. Hierbei wurden keine Auffälligkeiten wie Nistmaterial oder Kots Spuren festgestellt. Die Innenräume waren jedoch unzugänglich und folglich nicht kontrollierbar.

3.2 Fehlerbetrachtung

Nester von Gebüsch- und Bodenbrütern sind in der Regel gut versteckt und außerhalb der Brutzeit nicht mehr nachweisbar, so dass hierzu keine konkreten Aussagen möglich sind. Brutplätze in auffälligen und nicht begehbaren Gebäuden, könnten nur durch äußerliche Beobachtung von Revieranzeichen (Gesang, Balz, Paarung, Nestbau, Fütterung) festgestellt werden. Außerhalb der Brutzeit sind Nistplätze im Inneren von Gebäuden dann kaum noch von außen zu lokalisieren. Bei Baumbrütern könnten Neststandorte außerhalb der Brutzeit ggf. noch quantifiziert werden, durch eine gründliche Absuche vorhandener Bäume auf mögliche Nester. Allerdings können dann nicht in allen Fällen die aufgefundenen Nester bestimmten Arten zugeordnet werden, so dass auch hier gewisse Unsicherheiten verbleiben.

Die Habitatbedingungen für Fledermäuse lassen sich an maroden Gebäuden nur durch äußerlich erkennbare Höhlen, Risse, Spalten in gewissem Maße beurteilen, um damit mögliche Auswirkungen auf die Artengruppe abzuschätzen. Ein tatsächlicher Nachweis von Fledermäusen und ihren Quartieren erfordert einen hohen Aufwand durch spezielle Fachgutachter mit Spezialtechnik, der im Rahmen dieses Gutachtens nicht vereinbart war.

3.3 Begriffsbestimmungen

Der Schutz wildlebender Tier- und Pflanzenarten, ihrer Lebensstätten und Biotope wird im Kapitel 5 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) geregelt. Der Abschnitt 3 regelt die Vorschriften für den besonderen Artenschutz. Hier umfasst der § 44 die Vorschriften für besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten und die generellen artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände. Es werden mehrere Schutzkategorien unterschieden:

- besonders geschützte Arten
- streng geschützte Arten
- europäische Vogelarten

Die Artengruppen werden im BNatSchG in § 7 Abs. 2 Nr. 12 bis 14 näher definiert. Der Gesetzgeber stützt sich dabei auf national und international (europäisch) geltende Richtlinien und Verordnungen, darunter der

- Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH RL, Richtlinie 92/43/EWG)
- Vogelschutz-Richtlinie (V-RL, Richtlinie 79/409/EWG)
- EG-Artenschutzverordnung (EG-ArtSchV, (EG) Nr. 338/97)
- Bundesartenschutzverordnung (BartSchV)

Europarechtlich ist der Artenschutz in Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen vom 21.05.1992 (FFH - Richtlinie) sowie in der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vom 02.04.1979 (Vogelschutzrichtlinie) verankert. Danach sind alle europäischen Vogelarten besonders geschützt. Bei einer artenschutzrechtlichen Prüfung sind die unterschiedlichen Schutzkategorien für Artengruppen nach nationalem und internationalem Recht zu beachten. Die ausschließlich national geschützten Arten werden im Umweltbericht der Bauleitplanung bearbeitet. Die europarechtlich geschützten Arten werden einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung unterzogen.

Vogelschutzrichtlinie (V-RL, Richtlinie 79/409/EWG)

Die Vogelschutzrichtlinie regelt den Schutz, die Nutzung und die Bewirtschaftung aller im Gebiet der Mitgliedsstaaten einheimischen Vogelarten. Sie soll dem Artenrückgang einheimischer Vogelarten und Zugvogelarten entgegenwirken und berücksichtigt dabei den Schutz aller Entwicklungsstadien und der Lebensräume. Nach dieser Rechtsgrundlage gehören alle europäischen Vogelarten zu den besonders geschützten Arten. Für die in Anhang I der Richtlinie genannten Arten sind besondere Schutzmaßnahmen zur Erhaltung ihrer Lebensräume umzusetzen, um das Überleben der Arten und ihre Vermehrung abzusichern.

Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH RL, Richtlinie 92/43/EWG)

Ziel der FFH RL ist der Aufbau eines kohärenten ökologischen Schutzgebietssystems mit dem Namen Natura 2000 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume und wildlebenden Tiere und Pflanzen. Für die in Anhang IV genannten Tier- und Pflanzenarten treffen die Mitgliedsstaaten alle notwendigen Maßnahmen, um ein strenges Schutzsystem in den natürlichen Verbreitungsgebieten zu gewährleisten.

Die in Anhang IV eingestufteten Arten gehören nach § 7 BNatSchG zu den streng geschützten Arten. Die Verbotstatbestände des §44 BNatSchG verbieten für Tiere dieser Arten

- o das Nachstellen, Fangen, Verletzen oder Töten
- o das Stören, während Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Überwinterungs- und Wanderzeiten
- o das Entnehmen, Beschädigen oder Zerstören der Fortpflanzungs- und Ruhestätten

Für die in Anhang I der FFH Richtlinie genannten Lebensräume und die im Anhang II der Richtlinie aufgeführten Arten von gemeinschaftlicher Bedeutung werden besondere Schutzgebiete zu deren Erhaltung eingerichtet.

Rote Listen

Rote Listen setzen Prioritäten für den Schutz einzelner Arten bzw. von Lebensräumen. Sie sind ein praktisches Instrument der Naturschutzarbeit zur Beurteilung der ökologischen Wertigkeit von Biotopen und Landschaftsräumen. Auf wissenschaftlicher Grundlage basierend, ermöglichen sie Aussagen zu Gefährdungsgraden freilebender Tiere und wildwachsender Pflanzen. Rote Listen haben ohne Überführung in förmliche Gesetze keine Geltung als Rechtsnorm. Die Einstufung der Arten erfolgt in die Kategorien 0 – Bestand erloschen, 1 – vom Aussterben bedroht, 2 – stark gefährdet, 3 – gefährdet, 4 – potentiell gefährdet, R – extrem selten, V – Vorwarnliste

3.4 Betroffenheitsanalyse europäischer Vogelarten

Alle europäischen Vogelarten sind nach der Vogelschutzrichtlinie und Bundesartenschutzverordnung besonders geschützt. Als geschützte Lebensstätten nach § 44 BNatSchG gelten mehrjährig genutzte Bruthöhlen von Gebäude- und Baumhöhlenbrütern. Die Niststätten von Freibrütern, die für jede Brut ein neues Nest errichten, sind nur dann geschützt, wenn sich Eier oder Jungvögel darin befinden. Ein gesetzlicher Schutz besteht jedoch für feste und regelmäßig besetzte Brutreviere dieser Artengruppe.

An beiden Ortsterminen am 15.07 und 01.09.2021 wurden allgemein verbreitete Singvogelarten im Plangebiet beobachtet. Das gebietstypische Artenspektrum werden häufige und weit verbreitete Vogelarten darstellen, die sich regelmäßig in menschlichen Siedlungsgebieten ansiedeln und eine gewisse Toleranz gegenüber anthropogenen Einwirkungen besitzen. Vorkommen sehr seltener oder streng geschützter Vogelarten sind im Gebiet nicht zu erwarten. Bei der Betroffenheitsanalyse von Vogelarten ist davon auszugehen, dass einzelne Paare von Gebüsch- und Bodenbrütern mehr oder weniger regelmäßig im Plangebiet brüten. Für die beobachteten Gebüsch- oder Bodenbrüter wie Amsel (*Turdus merula*), Girlitz (*Phylloscopus collybita*), Grauammer (*Emberiza calandra*), Mönchsgrasmücke (*Sylvia atricapilla*) und Rotkehlchen (*Erithacus rubecula*) kann eine Untersuchung im Juli keine konkreten Bestandsergebnisse mehr liefern, da Bodenbrüternester zumeist nicht mehr lokalisierbar sind.

An dem leerstehenden Wohnhaus wurden Hausrotschwanz (*Phoenicurus ochruros*) und Rauchschwalben (*Hirundo rustica*) festgestellt. Vom Hausrotschwanz wurden am 15.07.2021 Männchen und Weibchen sowie flügge Jungvogel mehrfach auf dem Hausdach beobachtet, und auch am 01.09.2021 wurden Hausrotschwänze wiederum am Gebäude gesichtet. Ein Brutrevier an den leerstehenden Gebäuden ist daher sehr wahrscheinlich. Rauchschwalben durchflogen im Familienverband mit 5-6 Individuen an beiden Beobachtungstagen mehrfach die offenen Fenster im Obergeschoß des leerstehenden Gebäudes. Dieses auffällige und wiederkehrende Ritual lässt mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Nistplatz im Obergeschoß vermuten. Auch am 01. September durchflogen die Rauchschwalben noch mehrmals das Gebäude, so dass eine enge Bindung erkennbar ist.

In der jetzigen Planungsphase kann für das geplante Bauvorhaben ein möglicher Revierverlust für zumindest zwei gebäudebrütende Vogelarten prognostiziert werden. Es könnten also Verbotstatbestände eintreten, deren Auswirkungen artenschutzrechtlich zu beurteilen sind.

Betroffen wären folgende Arten und Brutplätze

- Hausrotschwanz – 1 Revierverlust durch Gebäudeabbruch
- Rauchschwalbe – 1 Revierverlust durch Gebäudeabbruch

Zur Vermeidung des Eintretens artenschutzrechtlicher Verbote müssen für Hausrotschwanz und Rauchschwalbe neue Ersatznistplätze als vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) eingerichtet werden, um den drohenden Revierverlust abzuwenden. Die Ersatznistplätze müssen dabei die speziellen Habitatansprüche der betroffenen Arten erfüllen. Weiterhin sind bauzeitliche Regelungen zum Gebäudeabriss festzulegen, um Störungen in der Brutzeit zu vermeiden.

3.5 Betroffenheitsanalyse der Arten nach Anhang IV der FFH - Richtlinie

3.5.1 Säugetiere

Alle Fledermausarten sind streng geschützte Arten gemäß Anhang IV der FFH – Richtlinie und der Bundesartenschutzverordnung. Fledermäuse nutzen je nach Art natürliche Baumhöhlen oder auch Gebäudequartiere als sommerliche Tagesschlafplätze oder Wochenstuben. Geschützte Winterquartiere befinden sich in der Regel in frostfreien Kellern, Stollen oder hohlen Altbäumen. Im Plangebiet kommt nur das marode Wohnhaus als potentiell Sommerquartier für gebäudebewohnende Fledermäuse in Betracht. Vor allem Zwergfledermäuse nutzen Spalten und Nischen an Gebäuden gern als sommerliches Tagesversteck. Im Rahmen des Gutachtens erfolgte keine spezialisierte Fledermausuntersuchung mit Artbestimmung und auch kein Einsatz technischer Hilfsmittel wie Fledermausdetektoren oder Horchboxen. Versteckte Einzeltiere sind in Gebäudeverstecken schwer nachzuweisen, so dass zumindest eine zeitweilige Nutzung des Gebäudes durch Einzeltiere nicht auszuschließen ist. Bei maroden Dachflächen und offenen Fenstern sind die Bedingungen für Fledermauswochenstuben nicht ideal, denn dafür benötigen die Tiere entsprechend Wärme und Schutz. Als Negativfaktor haben auch Fressfeinde wie Steinmarder und Waschbär durch kaputte Dächer einen ungehinderten Zugang in die Gebäude.

Als Winterquartier ist das nicht unterkellerte Abbruchgebäude ungeeignet, da frostfreie Rückzugsräume fehlen. Dennoch bietet das alte Gebäude ein sommerliches Quartierpotential als Tagesversteck für Einzeltiere. Es kommt also durch den Gebäudeabbruch zu einem möglichen Quartierverlust, der durch Anbringung von Ersatzquartieren im räumlichen Umfeld zu kompensieren wäre. Um den Fledermäusen ein weiterhin ausreichendes Quartierangebot im Umfeld zur Verfügung zu stellen, sollten 5 Fledermaus-Flachkästen als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme an Gebäuden in räumlicher Nähe angebracht werden. Bei der Anzahl ist zu berücksichtigen, dass Fledermäuse längere Zeiträume benötigen, um neue Quartiere aufzuspüren und auch wählerisch sind in deren Akzeptanz. Fledermauskästen sind daher immer in einem angemessenen höheren Kompensationsverhältnis zum Quartierverlust anzubringen. Die Ersatzquartiere sind als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) mit einem zeitlichen Vorlauf von mindestens 1 Jahr vor Beginn der Abbrucharbeiten, an Gebäuden im Umfeld des künftigen Wohngebietes aufzuhängen.

Für weitere europarechtlich geschützte Säugetierarten, wie beispielsweise Biber und Fischotter ist das Plangebiet nicht relevant, denn die Fläche liegt außerhalb von Gewässern.

3.5.2 Amphibien

Das Vorhaben hat für die Artengruppe der Amphibien keine Bedeutung. Es gibt keine geeigneten Amphibienlebensräume in der Umgebung des Plangebietes, so dass auch keine Wanderbeziehungen existieren.

3.5.3 Reptilien

Die Zauneidechse (*Lacerta agilis*) gehört zu den streng geschützten Arten nach dem europäischen Artenschutzrecht und ist im Anhang IV Art der FFH – Richtlinie aufgeführt. In der Roten Liste Brandenburg gilt die Zauneidechse als gefährdete Art der Kategorie 3. Vielerorts zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Bestände. Der Erhaltungszustand der Zauneidechsenpopulationen wird in Brandenburg als ungünstig bewertet. Gut besonnte Standorte mit geringer Vegetationsbedeckung sind als möglicher Lebensraum dieser Reptilien geeignet.

Zauneidechsen bewohnen strukturreiche wärmebegünstigte Offenlebensräume mit kleinräumigen Mosaiken aus vegetationsfreien Flächen, Staudenfluren und Verbuschungsstadien. Häufig werden südlich exponierte Eisenbahndämme, Straßenböschungen und Brachflächen besiedelt. Als wichtige Habitatstrukturen müssen Sonnenplätze, Verstecke, Winterquartiere und Eiablageplätze vorhanden sein. Günstig ist eine spärliche bis mittelstarke Vegetation in unterschiedlicher Höhe auf drainierten Lockersubstraten.

Die Aktivitätsphase beginnt bereits Ende März / April mit dem Erscheinen der Männchen aus dem Winterquartier. Die Paarungszeit liegt in den Monaten April / Mai. Im Juni / Juli erfolgt die Eiablage in selbstgegrabenen Erdhöhlen in warmen Sandsubstraten mit geringer Vegetationsbedeckung. Schlüpflinge sind ab August / September zu beobachten. Der Rückzug in die Winterquartiere beginnt bei Adulten bereits im September, während Schlüpflinge noch bis Oktober beobachtet werden. Als Überwinterungsquartiere dienen vermoderte Baumstubben, verlassene Nagerbauten, selbstgegrabene Röhren oder Steinhäufen.

Die Art gilt als sehr standorttreu mit wenig Ausbreitungstendenz. Wanderbewegungen betragen selten mehr als 100m. Wichtig für den genetischen Austausch und die Wiederbesiedlung geeigneter Habitate ist ein Biotopverbund mit linearen trockenen Säumen. Die Populationsgrößen sind häufig sehr klein und betragen oft weniger als 10 Tiere.

Zur Erfassung möglicher Zauneidechsenvorkommen erfolgen an witterungsbedingt günstigen Tagen gezielte Kontrollen der potenziellen Habitatflächen. Nachweise der Tiere gelingen durch Sichtbeobachtungen. Zur Kartierung von Zauneidechsen werden Transekte bei günstigen Witterungsbedingungen langsam gehend (ca. 250m / h) abgelaufen, und dabei mögliche Sonnenplätze, Versteckstrukturen und offene Flächen gezielt beobachtet. Geachtet wird auch auf das Rascheln weghuschender Tiere. Künstliche Verstecke (Bretter, Pappe o. ä.) wurden nicht eingesetzt. Günstige Erfassungszeiträume sind die Monate April bis Juni aufgrund der Paarungsaktivitäten und der September zur Erfassung von Schlüpflingen.

Ideal für Zauneidechsenbeobachtungen sind Temperaturen um 20°C bei sonnigem und höchstens schwach windigem Wetter. Entsprechend gute Witterungsbedingungen waren am 15. Juli und 01.09.2021. An beiden Tagen wurden besonnte Ruderalfluren, Wegränder und Bauschutthäufen gezielt nach Zauneidechsen abgesucht, da diese Bereiche die beste Eignung für mögliche Vorkommen aufweisen. Obwohl die Habitatverhältnisse in den trockenen Gras- und Staudenfluren günstig für Zauneidechsen wirken, gelangen keine Nachweise der Art. Das Plangebiet ist derzeit offensichtlich nicht von Zauneidechsen besiedelt und damit hat das geplante Bauvorhaben keine Auswirkungen auf streng geschützte Reptilienarten.

3.5.4 Insekten

Vorkommen von europarechtlich geschützten Schmetterlings-, Libellen- oder Käferarten sind im Plangebiet und angrenzenden Bereichen nicht zu erwarten. Es fehlen grundlegende Habitatstrukturen (Altbäume, Moderholz, Wirtspflanzen, Kleinstbiotope) für potentielle Vorkommen der oft hoch spezialisierten Arten.

4 Artenschutzprüfung gemäß §44 BNatSchG

4.1 Vorschriften für besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten

Der Schutz wildlebender Tier- und Pflanzenarten, ihrer Lebensstätten und Habitate wird im Kapitel 5 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) geregelt. Der Abschnitt 3 regelt die Vorschriften für den besonderen Artenschutz. Hier nennt § 44 die Vorschriften für besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten und die generellen artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände. Im Artenschutz werden mehrere Schutzkategorien unterschieden:

- besonders geschützte Arten (Arten nach Anhang A und B der Europäischen Artenschutzverordnung, Tier- und Pflanzenarten nach Anlage 1 Spalte 2 der Bundesartenschutzverordnung, europäische Vogelarten)
- streng geschützte Arten (unterliegen als Teilmenge der besonders geschützten Arten einem noch strengeren Schutz, zu der Gruppe zählen die in Anhang IV der FFH-RL aufgeführten Arten)
- europäische Vogelarten (gemäß Art. 1 Abs. 1 Vogelschutz-RL alle Vogelarten, die im europäischen Gebiet der Mitgliedsstaaten heimisch sind)

Die Artengruppen werden im BNatSchG in § 7 Abs. 2 Nr. 12 bis 14 näher definiert. Der Gesetzgeber stützt sich dabei auf die national und international (europäisch) geltenden Richtlinien und Verordnungen

- Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH RL, Richtlinie 92/43/EWG)
- Vogelschutz-Richtlinie (V-RL, Richtlinie 79/409/EWG)
- EG-Artenschutzverordnung (EG-ArtSchV, (EG) Nr. 338/97)
- Bundesartenschutzverordnung (BartSchV)

Europarechtlich ist der Artenschutz in der Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen vom 21.05.1992 (FFH - Richtlinie) sowie in der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vom 02.04.1979 (Vogelschutzrichtlinie) verankert.

Bei einer artenschutzrechtlichen Prüfung sind die unterschiedlichen Schutzkategorien für Artengruppen nach nationalem und europäischem Recht zu beachten. Die ausschließlich national geschützten Arten werden im Rahmen der Landschaftspflegerischen Begleitplanung (LBP) bzw. im Grünordnungsplan / Umweltbericht der Bauleitplanung bearbeitet. Bei den nur national geschützten Arten werden auftretende Konflikte im Rahmen der Eingriffsregelung bewältigt und können im Rahmen der Abwägung überwunden werden.

Die europäisch geschützten Arten werden einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung unterzogen. Zu dieser Gruppe gehören die Arten nach Anhang IV der FFH-RL und die europäischen Vogelarten. Bei einem drohenden Verstoß gegen die artenschutzrechtlichen Verbote muss auch bei dieser Gruppe ein Eingriff in Natur und Landschaft zulässig sein und über Vermeidung und Ausgleich entschieden werden. Weiterhin muss aber auch die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätte im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt sein. Die Anforderungen an den Erhalt der ökologischen Funktion kann nicht im Rahmen der Abwägung überwunden werden.

Vogelschutzrichtlinie (V-RL, Richtlinie 79/409/EWG)

Die Vogelschutzrichtlinie regelt den Schutz, die Nutzung und die Bewirtschaftung aller im Gebiet der Mitgliedsstaaten einheimischen Vogelarten. Sie soll dem Artenrückgang einheimischer Vogelarten und Zugvogelarten entgegenwirken und berücksichtigt dabei den Schutz aller Entwicklungsstadien und der Lebensräume. Nach dieser Rechtsgrundlage gehören alle europäischen Vogelarten zu den besonders geschützten Arten. Für die in Anhang I der Richtlinie genannten Arten sind besondere Schutzmaßnahmen zur Erhaltung ihrer Lebensräume umzusetzen, um das Überleben der Arten und ihre Vermehrung im Verbreitungsgebiet abzusichern.

Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL, Richtlinie 92/43/EWG)

Ziel der FFH-RL ist der Aufbau eines kohärenten ökologischen Schutzgebietssystems mit dem Namen Natura 2000 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume und wildlebenden Tiere und Pflanzen. Für die in Anhang IV genannten Tier- und Pflanzenarten treffen die Mitgliedsstaaten alle notwendigen Maßnahmen, um ein strenges Schutzsystem in den natürlichen Verbreitungsgebieten zu gewährleisten. Die in Anhang IV eingestufteten Arten gehören nach § 7 BNatSchG zu den streng geschützten Arten. Für die in Anhang I der FFH Richtlinie genannten Lebensräume und die im Anhang II der Richtlinie aufgeführten Arten von gemeinschaftlicher Bedeutung werden besondere Schutzgebiete zu deren Erhaltung eingerichtet.

4.2 Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach §44 BNatSchG

Die Verbotstatbestände des §44 BNatSchG umfassen das

Tötungsverbot individuenbezogen (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

„Es ist verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.“

Das Verbot tritt ein, wenn sich durch das Vorhaben das Lebensrisiko von Individuen der geschützten Arten signifikant verschlechtert. Das Verbot gilt individuenbezogen für jedes einzelne Exemplar. Es umfasst auch unbeabsichtigte Tötungen oder Verletzungen und ist nicht durch CEF-Maßnahmen zu überwinden. Eine Erfüllung des Tötungsverbotes kann jedoch oft durch zeitliche Steuerungen (Bauzeitenregelungen) von Bauvorhaben vermieden werden.

Störungsverbot während bestimmter Zeiten (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

„Es ist verboten, wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören.“

Das Verbot tritt ein wenn die Störung erheblich ist, d. h. wenn sich der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert und sich die Störung auf Überlebenschancen, Reproduktionsfähigkeit oder Fortpflanzungserfolg der lokalen Population nachteilig auswirkt. Als lokale Population wird hier eine Gruppe von Individuen bezeichnet, die einen zusammenhängenden Raum bewohnen und eine Fortpflanzungsgemeinschaft bilden.

Das Eintreten des Verbotstatbestandes kann durch Maßnahmen zur Stützung einer lokalen Population oder durch bauzeitliche Regelungen vermieden werden, da sich der Schutz nur auf bestimmte Zeiten bezieht.

Schädigungsverbot geschützter Lebensstätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)

„Es ist verboten, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.“

Das Verbot schützt die Fortpflanzungs- und Ruhestätten der geschützten Arten. Als Fortpflanzungsstätten gelten dabei alle Teillebensräume (Habitate) die für Fortpflanzung benötigt werden, z. B. Balz- und Paarungsgebiete, Eiablageplätze, Nester, Brutplätze, Baue. Ruhestätten sind z. B. Verstecke, Baue, Schlaf-, Rast- und Mauserplätze, Sommer- und Winterquartiere oder Sonnenplätze (z.B. für Eidechsen). Geschützte Lebensstätten sind jeweils artspezifisch zu definieren. Bei Arten die regelmäßig an die Lebensstätte zurückkehren und diese in jedem Jahr erneut nutzen gilt der Schutz ganzjährig. Fortpflanzungsstätten von Arten die ihre Lebensstätten regelmäßig wechseln (z. B. Vogelnester) sind nur dann geschützt, wenn sich Eier oder Jungvögel darin befinden (Nutzungszeit). Bei reviertreuen Arten gilt der Lebensstättenschutz auch für die regelmäßig genutzten Brutreviere. Eine Beseitigung der Reviere verursacht einen Verstoß gegen das Schädigungsverbot. Nahrungs- oder Jagdhabitate, sowie Wanderwege gelten i. d. R. nicht als Fortpflanzungs- und Ruhestätten. Geschützt sind auch Lebensstätten in Siedlungen und an Häusern, in vom Menschen nicht bewohnten Bereichen (Dachstühle, Keller, Fassaden, Dächer) oder in leerstehenden Gebäuden.

Das Verbot tritt ein, wenn die ökologische Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätte nicht durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt. Eine unvermeidbare Tötung oder Verletzung von Tieren, die im Zusammenhang mit der Schädigung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten auftritt, kann ebenfalls durch vorgezogene Maßnahmen ausgeglichen werden.

Beschädigungsverbot von Pflanzen an Standorten (§ 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG)

„Es ist verboten, wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, Standorte zu beschädigen oder zu zerstören“.

Das Verbot tritt ein, wenn die ökologische Funktion des besiedelten Standortes und damit eine Erhaltung des Vorkommens nicht durch CEF-Maßnahmen erreichbar werden.

4.3 Anforderungen an Artenschutzmaßnahmen

Drohende Verstöße gegen artenschutzrechtliche Verbote sind nach Möglichkeit abzuwenden. Ein Verstoß gegen das Schädigungsverbot nach § 44 Abs.1 Nr.3 BNatSchG liegt nicht vor, solange die ökologische Funktion der vom Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätte im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Zur Erhaltung der ökologischen Funktion können neben vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen auch Vermeidungsmaßnahmen festgesetzt werden. Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen sind Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionsweise von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (CEF-Maßnahmen). Für Anwendung und Erfolg der Maßnahmen gelten konkrete Anforderungen.

- Die Maßnahmen müssen unmittelbar am voraussichtlich betroffenen Bestand ansetzen und müssen mit diesem räumlich-funktional verbunden sein.
- Die zeitliche Durchführung ist so zu staffeln, dass zwischen Erfolg der Maßnahme und geplantem Eingriff keine zeitliche Lücke entsteht. In der Regel wird hierbei eine Vorlaufzeit von 1 Jahr als ausreichend erachtet.
- Die Maßnahmen müssen die negative Einwirkung auf die Lebensstätte minimieren, die Lebensstätte möglichst vergrößern oder mögliche Teilverluste ausgleichen.
- Die Wirksamkeit der Maßnahmen ist nachzuweisen und zu überwachen.

4.4 Beschreibung der Wirkfaktoren und Auswirkungsprognose

Nachfolgend werden vorhabensbedingte Wirkfaktoren untersucht, die geeignet wären artenschutzrechtliche Verbotstatbestände auszulösen.

Baubedingte Wirkfaktoren

Flächeninanspruchnahme

Eine über das Plangebiet hinausgehende Flächeninanspruchnahme ist bei der Umsetzung des Bebauungsplanes nicht zu erwarten. Angrenzende Biotopflächen befinden sich auf Flurstücken außerhalb des Plangebietes und können baubedingt nicht beansprucht werden.

Lärm-, Nähr- und Schadstoffimmissionen, Erschütterungen, Optische Störungen

Immissionen, Erschütterungen, Störungen sind im Siedlungsbereich für den Artenschutz weniger relevant, denn hier siedelnde Tier- und Vogelarten haben gegenüber diesen Einwirkungen eine oftmals höhere Toleranz entwickelt, als Individuen in der freien Landschaft. Baubedingt können im konkreten Vorhaben jedoch Störwirkungen auf Brutvögel eintreten, wenn Bauaktivitäten ohne vorbereitende Maßnahmen in der Brutzeit beginnen. Zur Vermeidung von Brutstörungen sind daher Bauzeitenregelungen festzusetzen.

Barrierewirkungen/Zerschneidung

Baubedingte Gefährdungen könnten für Kleintiere auftreten, bei Zerschneidung von Tierwanderwegen durch offene Baugruben, Gräben oder Erdwällen. Bei Vorkommen von Amphibien oder Reptilien wären möglicherweise geeignete Schutzmaßnahmen festzulegen. Im konkreten Vorhaben besteht dazu kein Bedarf, da Vorkommen entsprechender Arten fehlen.

Anlagebedingte Wirkfaktoren

Flächeninanspruchnahme

Die anlagebedingte Flächeninanspruchnahme hat im Allgemeinen für den Artenschutz die größten Auswirkungen. Mit dem Bebauungsplan werden die Voraussetzungen geschaffen für die Umwidmung von ca. 1,1 ha Brachfläche in Wohnbebauung. Im konkreten Vorhaben wurden mindestens 2 Vogelarten (Hausrotschwanz und Rauchschwalbe) als potentielle Brutvögel im ehemaligen Wohngebäude festgestellt, so dass der beabsichtigte Gebäudeabbruch hier Beeinträchtigungen von Brutplätzen der folgenden Arten bewirkt. Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbote müssen für die beiden Vogelarten neue Ersatznistplätze als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) eingerichtet werden.

Lärm-, Nähr- und Schadstoffimmissionen, Erschütterungen, Optische Störungen

Die anlagebedingten Immissionen, Erschütterungen und optischen Störungen sind aufgrund der Lage des Vorhabens in einem Siedlungsrandbereich für den Artenschutz wenig relevant.

Barrierewirkungen/Zerschneidung

Anlagebedingte Barriere- und Zerschneidungswirkungen könnten auftreten, wenn im Gebiet vorhandene Tierwanderwege dauerhaft unterbrochen werden. Im konkreten Vorhaben sind keine Wanderbeziehungen bekannt und Vorkommen entsprechender Arten fehlen.

Betriebsbedingte Wirkfaktoren

Im Randbereich eines städtischen Siedlungsgebietes sind von der beabsichtigten Wohnbebauung keine signifikanten Störungen besonders geschützter Tier- und Vogelarten zu erwarten. Die hier siedelnden Tier- und Vogelarten haben eine ausreichende Toleranz entwickelt.

4.5 Prüfung der Verbotstatbestände für betroffene Arten

Die geplante Wohnbebauung hat Auswirkungen auf vorkommende Vogelarten, wie potentielle Gebüsch- und Bodenbrüter, sowie Hausrotschwanz und Rauchschwalbe als Gebäudebrüter und möglicherweise vorkommende Fledermäuse (Artengruppe allgemein und ohne Artdifferenzierung), und kann hier möglicherweise artenschutzrechtliche Verbotstatbestände auslösen. In den folgenden Formblättern werden daher Bestand, Betroffenheit und Auswirkungen der vom Vorhaben betroffenen Arten des Anhang IV der FFH-RL und europäischer Vogelarten untersucht und die einzelnen Verbote des § 44 Abs. 1 i. V. m. 5 BNatSchG sowie ggf. die naturschutzfachlichen Ausnahmenvoraussetzungen gem. § 45 BNatSchG abgeprüft. Bei der Prüfung werden die ungefährdete Arten in ökologischen Gruppen zusammengefasst.

| | |
|---|---|
| Gebäudebrüter (überwiegend mehrfach genutzte Brutplätze) | |
| Hausrotschwanz (<i>Phoenicurus cristatus</i>) | |
| Schutzstatus | |
| <input type="checkbox"/> Anh. IV FFH-Richtlinie | <input checked="" type="checkbox"/> europäische Vogelart gemäß Art. 1 Vogelschutzrichtlinie |
| Bestandsdarstellung | |
| Kurzbeschreibung Autökologie/Verbreitung in BB Hausrotschwänze brüten bevorzugt in Siedlungen als Höhlen- und Halbhöhlenbrüter, oft auch an Gebäuden. Die Brutzeit erstreckt sich von Mitte März bis Anfang September. Die Art gilt landesweit noch als häufiger Brutvogel, mit einem Brutbestand von 35.000 bis 55.000 Paaren. In den letzten Jahren kam es jedoch zu deutlichen Bestandsabnahmen | |
| Vorkommen im Untersuchungsraum <input checked="" type="checkbox"/> nachgewiesen <input type="checkbox"/> potenziell möglich Das Untersuchungsgebiet besitzt für die Art eine gute Habitatqualität. Das marode Altgebäude mit umgebenden Freiflächen bietet ausreichende Brut- und Nahrungsplätze. Die Art wurde an beiden Kartiertagen mit Alt- und Jungvögeln am alten Abbruchgebäude nachgewiesen. | |
| Prognose und Bewertung der Schädigungs- und Störungsverbote nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG | |
| Artspezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen <input type="checkbox"/> gem. LBP vorgesehen <input type="checkbox"/> gem. FFH-VP vorgesehen <input checked="" type="checkbox"/> im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung neu zu entwickeln Bauzeitenregelung zur Ausführung von Gebäudeabbrucharbeiten außerhalb der Brutzeit. Als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme für den Revierverlust infolge des Gebäudeabbruches sind 3 Ersatznistkästen für Nischenbrüter an Bestandsgebäuden im räumlichen Umfeld anzubringen. | |

Gebäudebrüter (überwiegend mehrfach genutzte Brutplätze)

Hausrotschwanz (*Phoenicurus cristatus*)

Prognose und Bewertung des Tötungsverbotes gem. § 44 Abs.1, Nr.1 i.V m. Abs. 5 BNatSchG:

Verletzung, Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen im Zuge der Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (baubedingt)

Verletzung, Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen durch weitere Risiken

- ☐ Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsphase (baubedingt), ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang nicht gewahrt
- ☒ Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsphase (baubedingt), ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang gewahrt
- ☐ Weitere anlagebedingte Risiken führen zur Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population
- ☒ Weitere anlagebedingte Risiken (z.B. Kollisionsgefährdung) führen zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population

Baubedingte Tötungen von Gelegen oder Nestlingen können ausgeschlossen werden, wenn der Gebäudeabbruch außerhalb der Brutzeit erfolgt.

Prognose und Bewertung der Störungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 2 BNatSchG

Erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten

- ☐ Die Störung führt zur Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population
- ☒ Störungen führen zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes lokaler Population

Baubedingte Störungen werden vermieden, wenn Gebäudeabbruch außerhalb der Brutzeit erfolgt.

Prognose und Bewertung der Schädigungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG:

Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten

- ☐ Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang nicht gewahrt
- ☒ ökologische Funktion der vom Eingriff betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang gewahrt

Die Schädigung einer Niststätte vom Hausrotschwanz wird kompensiert, durch Anbringung von 3 Ersatznistkästen für Nischenbrüter an Gebäuden im räumlichen Umfeld als vorgezogene Ausgleichmaßnahme. Die Maßnahme ist als vorgezogene Ausgleichmaßnahme (CEF-Maßnahme) mit mindestens 1 Jahr zeitlichen Vorlauf, vor Beginn der Abbrucharbeiten umzusetzen. Betroffene Individuen können so in nahegelegene Ersatzquartiere ausweichen und die ökologische Funktionalität betroffener Fortpflanzungs- und Ruhestätten bleibt im räumlichen Zusammenhang gewahrt.

Zusammenfassende Feststellung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände

Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG

- ☐ treffen zu (Darlegung der Gründe für eine Ausnahme erforderlich)
- ☒ treffen nicht zu (artenschutzrechtliche Prüfung endet hiermit)

| | |
|--|---|
| Gebäudebrüter (überwiegend mehrmalig genutzte Brutplätze) Rauchschwalbe (<i>Hirundo rustica</i>) | |
| Schutzstatus | |
| <input type="checkbox"/> Anh. IV FFH-Richtlinie | <input checked="" type="checkbox"/> europäische Vogelart gemäß Art. 1 Vogelschutzrichtlinie |
| Bestandsdarstellung | |
| Kurzbeschreibung Autökologie/Verbreitung in BB Rauchschwalben sind typische Gebäudebrüter in Siedlungen, Ställen u.a. Bauwerken, mit festen und regelmäßig genutzten Brutrevieren und Nistplätzen. Die Art gilt landesweit noch als häufiger Brutvogel, mit einem Brutbestand von 35.000 bis 55.000 Paaren. In den letzten Jahren zeigte sich jedoch ein deutlicher Bestandsrückgang durch Nistplatzverluste aufgrund Gebäudesanierung und Abbruch. | |
| Vorkommen im Untersuchungsraum <input checked="" type="checkbox"/> nachgewiesen <input type="checkbox"/> potenziell möglich Das Untersuchungsgebiet besitzt für Rauchschwalben eine gute Habitatqualität durch Freiflächen und Brutmöglichkeiten im maroden Abbruchgebäude. Rauchschwalben wurden an beiden Kartiertagen bei wiederholten Ein- und Ausflügen in die geöffneten Fenster im Obergeschoß beobachtet und umkreisten im Familienverband den Gebäudebestand, so dass mit großer Wahrscheinlichkeit ein Nistplatz im Obergeschoß des Abbruchhauses besteht. | |
| Prognose und Bewertung der Schädigungs- und Störungsverbote nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG | |
| Artspezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen <input type="checkbox"/> gem. LBP vorgesehen <input type="checkbox"/> gem. FFH-VP vorgesehen <input checked="" type="checkbox"/> im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung neu zu entwickeln Bauzeitenregelung zur Ausführung von Gebäudeabbrucharbeiten außerhalb der Brutzeit. Als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme für den prognostizierten Revierverlust der Rauchschwalbe durch Abbruch des maroden Altgebäudes, ist mindestens ein Ersatzbrutplatz in einem Bestandsgebäude in räumlicher Nähe, den Anforderungen der Rauchschwalben entsprechend herzurichten. | |
| Prognose und Bewertung des Tötungsverbotes gem. § 44 Abs.1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG: Verletzung, Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen im Zuge der Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (baubedingt) Verletzung, Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen durch weitere Risiken <input type="checkbox"/> Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsphase (baubedingt), ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang nicht gewahrt <input checked="" type="checkbox"/> Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsphase (baubedingt), ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang gewahrt <input type="checkbox"/> Weitere anlagebedingte Risiken führen zur Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population <input checked="" type="checkbox"/> Weitere anlagebedingte Risiken (z.B. Kollisionsgefährdung) führen zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population Baubedingte Tötungen von Gelegen oder Nestlingen können ausgeschlossen werden, wenn der Gebäudeabbruch außerhalb der Brutzeit erfolgt. | |
| Prognose und Bewertung der Störungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 2 BNatSchG Erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten <input type="checkbox"/> Die Störung führt zur Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population <input checked="" type="checkbox"/> Störungen führen zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes lokaler Population Baubedingte Störungen werden vermieden, wenn Gebäudeabbruch außerhalb der Brutzeit erfolgt. | |

Gebäudebrüter (überwiegend mehrmalig genutzte Brutplätze)

Rauchschwalbe (*Hirundo rustica*)

Prognose und Bewertung der Schädigungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG:

Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten

- ☐ Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang nicht gewahrt
- ☒ ökologische Funktion der vom Eingriff betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang gewahrt

Die Schädigung der Niststätte von Rauchschwalben wird kompensiert, durch Herrichtung von mindestens einem Ersatzbrutplatz in einem Bestandsgebäude in räumlicher Nähe, entsprechend den Nistplatzanforderungen der Rauchschwalbe als Gebäudebrüter. Die Maßnahme ist als vorgezogene Ausgleichmaßnahme (CEF-Maßnahme) mit mindestens 1 Jahr zeitlichen Vorlauf, vor Beginn der Abbrucharbeiten umzusetzen. Betroffene Individuen können so in das neu angelegte Ersatzquartier ausweichen und die ökologische Funktionalität betroffener Fortpflanzungs- und Ruhestätten bleibt im räumlichen Zusammenhang gewahrt.

Zusammenfassende Feststellung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände

Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG

- ☐ treffen zu (Darlegung der Gründe für eine Ausnahme erforderlich)
- ☒ treffen nicht zu (artenschutzrechtliche Prüfung endet hiermit)

Gehölz- und Bodenbrüter (überwiegend einmalig genutzte Brutplätze)

Amsel (*Turdus merula*), Girlitz (*Phylloscopus collybita*), Grauammer (*Emberiza calandra*), Mönchsgrasmücke (*Sylvia atricapilla*), Rotkehlchen (*Erithacus rubecula*)

Schutzstatus

- ☐ Anh. IV FFH-Richtlinie ☒ europäische Vogelart gemäß Art. 1 Vogelschutzrichtlinie

Bestandsdarstellung

Kurzbeschreibung Autökologie/Verbreitung in BB

Die aufgeführten Arten sind typische Brutvögel in gehölzstrukturierten Offenlandschaften sowie in Siedlungen mit Parkanlagen und größeren Gärten. Es handelt sich um Freibrüter, die jährlich ihr Nest in Bäumen, Gebüsch oder versteckt am Boden neu errichten und keine festen Brutreviere nutzen. Die genannten Arten gelten in Brandenburg noch als häufig und weit verbreitet mit relativ stabilen Beständen. Gefährdungen entstehen durch Brutstörungen und Verlust von Freiflächen.

Vorkommen im Untersuchungsraum

- ☐ nachgewiesen ☒ potenziell möglich

Das Untersuchungsgebiet besitzt für Gehölz- und Bodenbrüter eine gute Habitatqualität. Die ausgeprägten Ruderalfluren mit Gehölzsukzession in Randbereichen und am Gebäudebestand bieten gut geeignete Brut- und Nahrungsplätze für die bei den Ortsterminen gesichteten Vogelarten. Die genannten Arten können potentiell als Brutvögel im Gebiet vorkommen.

Prognose und Bewertung der Schädigungs- und Störungsverbote nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG

Artspezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen

- ☐ gem. LBP vorgesehen
- ☐ gem. FFH-VP vorgesehen
- ☒ im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung neu zu entwickeln

Bauzeitenregelung zur Ausführung von Baumfällungen, Gebäudeabbruch und Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit.

Gehölz- und Bodenbrüter (überwiegend einmalig genutzte Brutplätze)

Amsel (*Turdus merula*), **Girlitz** (*Phylloscopus collybita*), **Grauammer** (*Emberiza calandra*),
Mönchsgrasmücke (*Sylvia atricapilla*), **Rotkehlchen** (*Erithacus rubecula*)

Prognose und Bewertung des Tötungsverbotes gem. § 44 Abs.1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG:

Verletzung, Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen im Zuge der Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (baubedingt)

Verletzung, Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen durch weitere Risiken

- ☐ Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsphase (baubedingt), ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang nicht gewahrt
- ☒ Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsphase (baubedingt), ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang gewahrt
- ☐ Weitere anlagebedingte Risiken führen zur Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population
- ☒ Weitere anlagebedingte Risiken (z.B. Kollisionsgefährdung) führen zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population

Baubedingte Tötungen von Gelegen oder Nestlingen können ausgeschlossen werden, wenn Baumfällungen, Gebäudeabbruch und Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit erfolgen.

Prognose und Bewertung der Störungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 2 BNatSchG

Erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten

- ☐ Die Störung führt zur Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population
- ☒ Störungen führen zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes lokaler Population

Baubedingte Störungen werden durch Baumfällungen, Gebäudeabbruch und Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit vermieden.

Prognose und Bewertung der Schädigungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG: Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten

- ☐ Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang nicht gewahrt
- ☒ ökologische Funktion der vom Eingriff betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang gewahrt

Niststätten von Gehölz- und Bodenbrütern werden beim Bauvorhaben nicht geschädigt, wenn Baumfällungen, Gebäudeabbruch und Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit erfolgen.

Zusammenfassende Feststellung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände

Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG

- ☐ treffen zu (Darlegung der Gründe für eine Ausnahme erforderlich)
- ☒ treffen nicht zu (artenschutzrechtliche Prüfung endet hiermit)

Fledermäuse (gilt für Artengruppe)

Schutzstatus

- ☒ Anh. IV FFH-Richtlinie ☐ europäische Vogelart gemäß Art. 1 Vogelschutzrichtlinie

Bestandsdarstellung

Kurzbeschreibung Autökologie/Verbreitung in BB

Alle Fledermäuse sind streng geschützte Arten gemäß Anhang IV der FFH-Richtlinie. Es handelt sich um nachtaktive Insektenjäger, die sich tagsüber in Baumhöhlen, Nistkästen oder in Gebäuden (Spalten, Dachräume, Fassaden usw.) verstecken. Die meisten Fledermausarten sind in Brandenburg in ihrem Bestand stark gefährdet, insbesondere durch Gebäudesanierungen oder Verlust von Höhlenbäumen und anderen Quartieren.

Fledermäuse (gilt für Artengruppe)

Vorkommen im Untersuchungsraum

☐ nachgewiesen ☒ potenziell möglich

Das Untersuchungsgebiet besitzt für Fledermäuse eine gute Habitateignung aufgrund vorhandenen Quartierpotentials als Tagesversteck im Gebäude, sowie umgebende Freiflächen mit Gras- und Staudenfluren und damit guten Bedingungen für die Nahrungssuche (Insektenjagd). Im Rahmen des Gutachtens erfolgte keine spezielle Fledermauskartierung und Untersuchung des Altgebäudes.

Prognose und Bewertung der Schädigungs- und Störungsverbote nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG

Artspezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen

☐ gem. LBP vorgesehen

☐ gem. FFH-VP vorgesehen

☒ im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung neu zu entwickeln

Bauzeitenregelung zur Ausführung von Gebäudeabbruch und Baufeldfreimachung außerhalb der Fortpflanzungszeit.

Als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme für potentielle Quartierverluste infolge von Gebäudeabbruch sind 5 Fledermaus-Flachkästen an Gebäuden im räumlichen Umfeld anzubringen.

Prognose und Bewertung des Tötungsverbotes gem. § 44 Abs.1, Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG:

Verletzung, Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen im Zuge der Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (baubedingt)

Verletzung, Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsformen durch weitere Risiken

☐ Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsphase (baubedingt), ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang nicht gewahrt

☒ Tötung von Tieren oder ihrer Entwicklungsphase (baubedingt), ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang gewahrt

☐ Weitere anlagebedingte Risiken führen zur Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population

☒ Weitere anlagebedingte Risiken (z.B. Kollisionsgefährdung) führen zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population

Bauzeitenregelung zur Ausführung von Gebäudeabbruch außerhalb der Fortpflanzungszeit.

Prognose und Bewertung der Störungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 2 BNatSchG

Erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten

☐ Die Störung führt zur Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population

☒ Störungen führen zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes lokaler Population

Baubedingte Störungen werden vermieden, wenn der Gebäudeabbruch außerhalb der Fortpflanzungszeit erfolgt.

Prognose und Bewertung der Schädigungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG:

Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten

☐ Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang nicht gewahrt

☒ ökologische Funktion der vom Eingriff betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte wird im räumlichen Zusammenhang gewahrt

Verluste von Fledermausquartieren infolge von Gebäudeabbruch werden kompensiert, durch Anbringung von 5 Fledermaus-Flachkästen an Gebäuden im räumlichen Umfeld als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme mit einem zeitlichen Vorlauf von mindestens 1 Jahr. Betroffene Individuen können so in nahegelegene Ersatzquartiere ausweichen und die ökologische Funktionalität betroffener Fortpflanzungs- und Ruhestätten bleibt im räumlichen Zusammenhang gewahrt.

Fledermäuse (gilt für Artengruppe)

Zusammenfassende Feststellung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände

Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG

- ☐ treffen zu (Darlegung der Gründe für eine Ausnahme erforderlich)
☒ treffen nicht zu (artenschutzrechtliche Prüfung endet hiermit)

6 Maßnahmenempfehlung für europarechtlich geschützte Arten

Die folgenden Maßnahmen sind geeignet, um im künftigen Baugenehmigungsverfahren ein mögliches Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände für Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und europäischer Vogelarten zu vermeiden.

Vermeidung von Störungen durch Bauzeitenregelungen

Mit bauzeitlichen Regelungen können Störungen vorkommender Vogelarten in der Brutzeit vermieden und damit auch das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände abgewendet werden. Bei der weiteren Planung, Vorbereitung und Ausführung des Baugeschehens sind folgende zeitliche Vorgaben möglichst zu beachten:

- Baumfällungen sind nur außerhalb der Vegetationsperiode im Zeitraum vom 01. Oktober bis 28. Februar zulässig. Gehölzeingriffe in der Vegetationszeit erfordern eine naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung.
- Gebäudeabbrüche sind zum Schutz von Brutvögeln (Gebäudebrüter) und Fledermäusen im Zeitraum vom 01. November bis 15. März auszuführen, da Fledermäuse in dieser Zeit ihre Sommerquartiere verlassen und in Winterquartiere gewechselt sind. Als Winterquartier sind die Gebäude im Plangebiet ungeeignet, und somit werden baubedingte Störungen und Tötungen der Tiere bei Abbrucharbeiten vermieden. Bei beabsichtigten Gebäudeabbrüchen außerhalb des vorgegebenen Zeitraumes sollten die Gebäude zuvor durch einen Fachgutachter auf Fledermausbesatz untersucht und eine entsprechende Ausnahmegenehmigung beantragt werden.
- Die Brachflächen mit Gras- und Staudenfluren sind im Jahr des angestrebten Baubeginns regelmäßig zu mähen, um Brutansiedlungen von Bodenbrütern zu vermeiden. Die Mahd der Flächen sollte Anfang März beginnen und danach im Abstand von 4-6 Wochen regelmäßig bis zum Baubeginn wiederholt werden. Mit einer Flächenmahd werden baubedingte Brutstörungen von Bodenbrütern vermieden und damit auch das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände.

Herstellung von Ersatzquartieren für Fledermäuse

Als Ersatz für den potentiellen Verlust von Fledermaus-Sommerquartieren durch den beabsichtigten Gebäudeabbruch sind 5 Fledermaus-Flachkästen an Bestandsgebäuden im räumlichen Umfeld des Bebauungsplanes anzubringen. Die Anbringung der Ersatzkästen sollte als vorgezogene Maßnahme mit einem zeitlichem Vorlauf von mindestens 1 Jahr erfolgen, um die ökologische Funktionalität der möglicherweise betroffenen Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang zu wahren. Als Ersatzquartiere werden 5 Fledermauskästen als angemessen erachtet, um den Tieren ein ausreichendes Quartierangebot im Umfeld des Bebauungsplanes weiterhin zur Verfügung zu stellen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Fledermäuse längere Zeiträume benötigen, um neue Quartiere aufzuspüren und auch wählerisch sind in deren Akzeptanz. Fledermauskästen sind daher in einem angemessen höheren Verhältnis zum prognostizierter Quartierverlust anzubringen. Zu verwenden sind witterungsbeständige Fledermaus-Flachkästen aus Holzbeton für spaltenbewohnende Arten, beispielsweise von „Schwegler-Naturschutzprodukten“.

Herstellung von Ersatzbrutplätzen für Hausrotschwanz

Als Ersatz für den prognostizierten Revierverschwinden vom Hausrotschwanz durch Gebäudeabbruch sind 3 Ersatznistkästen für Nischenbrüter an Bestandsgebäuden im räumlichen Umfeld des Bebauungsplanes anzubringen. Die Anbringung der Ersatzkästen sollte als vorgezogene Maßnahme mit einem zeitlichem Vorlauf von mindestens 1 Jahr erfolgen, um die ökologische Funktionalität der betroffenen Fortpflanzungsstätte im räumlichen Zusammenhang zu wahren. Als Ersatzquartiere werden 3 Nischenbrüter-Nistkästen als angemessen erachtet, um dem Hausrotschwanz ein ausreichendes Quartierangebot im Umfeld des Bebauungsplanes weiterhin zur Verfügung zu stellen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass betroffene Vögel mitunter längere Zeit benötigen, um neue Brutmöglichkeiten aufzuspüren und auch wählerisch sind in deren Akzeptanz. Nistkästen sind daher immer in einem angemessenen höheren Kompensationsverhältnis zum prognostizierten Revierverschwinden anzubringen. Zu verwenden sind 3 Stück witterungsbeständige Nistkästen für Nischenbrüter aus Holzbeton, beispielsweise von „Schwegler-Naturschutzprodukten“,

Herstellung von Ersatzbrutplätzen für Rauchschwalben

Als Ersatz für den prognostizierten Revierverschwinden von Rauchschwalben durch Gebäudeabbruch ist mindestens 1 Ersatznistplatz in geeigneten Bestandsgebäuden im räumlichen Umfeld des Bebauungsplanes herzustellen. Der Ersatznistplatz ist als vorgezogene Maßnahme mit einem zeitlichen Vorlauf von mindestens 1 Jahr einzurichten, um die ökologische Funktionalität der betroffenen Fortpflanzungsstätte im räumlichen Zusammenhang zu wahren. Bei der Einrichtung eines neuen Nistplatzes für Rauchschwalben sind die nachfolgend beschriebenen speziellen Anforderungen der Vögel an ihre Niststätten zu beachten.

Rauchschwalben brüten gern im Inneren von Ställen, Scheunen oder anderen Gebäuden an Balken, Wänden oder Mauervorsprüngen. Die Rauchschwalbe ist ein Nischenbrüter, dessen Nester als Fortpflanzungsstätten geschützt sind. Sie brüten in Revieren mit mehreren Nistplätzen. Die Fortpflanzungsstätten werden über mehrere Brutperioden genutzt. Die von Schwalben nutzbaren Innenräume von Nebengebäuden müssen hell sein und gute Einflugmöglichkeiten haben. Die Einflugöffnungen sind über die gesamte Brutzeit von März bis September offen zu halten. Eine Fensternähe ist wichtig, da Rauchschwalben belichtete Brutplätze in den Gebäuden benötigen. Als Unterlage für die Nester können Schwalbenbretter (ca. 20 x 40 cm) an der Wand angebracht werden. Die Bretter sollten ca. 30 cm unterhalb der Decke angeordnet werden, wobei darauf zu achten ist, dass Fressfeinde wie Steinmarder oder Waschbär die Schwalbennester nicht erreichen können. Mit der Umsetzung der Maßnahme wird sichergestellt, dass geeignete Brutplätze für Rauchschwalben im Umfeld des Bebauungsplanes weiterhin vorhanden sind und das Eintreten des Schädigungsverbotes nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG abgewendet wird. Das Schädigungsverbot gemäß § 44 schützt die Fortpflanzungs- und Ruhestätten der geschützten Arten. Bei Rauchschwalben gilt dieser Lebensstättenschutz ganzjährig, da die Art regelmäßig an die Lebensstätte zurückkehrt und diese in jedem Jahr erneut nutzen.

7 Zusammenfassung

In der Stadt Ziesar wird ein Bebauungsplan erstellt, für die Entwicklung eines ca. 1,1 ha großen Wohngebietes, auf einer bislang wenig bebauten Brachfläche unweit vom Altstadtzentrum. Auf der Plangebietsfläche erfolgten im Jahr 2021 zwei Begehungen um die artenschutzrechtlichen Belange auf Grundlage einer Potentialanalyse zu bearbeiten. Basierend auf diesen Ergebnissen wurden die artenschutzrechtlichen Auswirkungen und mögliches Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (europäische Vogelarten, Arten gemäß Anhang IV FFH-Richtlinie) in einem Artenschutzgutachten dargestellt und geprüft.

Im Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfung werden geeignete Maßnahmen festgelegt, zur Vermeidung des Eintretens artenschutzrechtlicher Verbote. Mit der Umsetzung artenschutzrechtlicher Vermeidungsmaßnahmen werden mögliche Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG abgewendet, so dass keine Ausnahmegenehmigung nach § 45 BNatSchG erforderlich wird.

8 Literatur

- Richtlinien 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-RL).
- Richtlinien des Rates 79/409/EWG vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Vogelschutz-RL).
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege – Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29.07.2009.
- Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz - Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz (BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013
- Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden – Naturschutzzuständigkeitsverordnung (NatSchZustV) vom 27. Mai 2013
- Landesumweltamt 2002: Lebensräume und Arten der FFH-Richtlinie in Brandenburg, in Naturschutz und Landschaftspflege Heft 1 und 2, 2002
- Land Brandenburg 2015: Hinweise zur Erstellung des Artenschutzbeitrags (ASB) bei Straßenbauvorhaben im Land Brandenburg
- Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz: Erlass vom 01.01.2011 zum Vollzug des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG: „Angaben zum Schutz der Fortpflanzungs- und Ruhestätten der in Brandenburg heimischen europäischen Vogelarten“, 4. Änderung vom 02.Oktober 2018.
- Arbeitsgemeinschaft Berlin-Brandenburgischer Ornithologen (ABBO), 2001: Die Vogelwelt von Berlin und Brandenburg
- Dachverband deutscher Avifaunisten: Kartierungsschlüssel des DDA zum Monitoring häufiger Brutvögel in Deutschland
- Ryslavy, T.; Jurke, M. & Mädlow, W. (2019): Rote Liste und Liste der Brutvögel des Landes Brandenburg 2019. Naturschutz und Landschaftspflege Heft 4, 2019.
- Südbeck, P.; Andretzke, H.; Fischer, S.; Gedeon, K.; Schikore, T.; Schröder, K.; Sudfeldt, C.; (2005): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands.